

UNSERE KLAUSURWOCHE

Liebe Leserinnen und Leser,

unsere Fraktion hat sich am 13. und 14. Januar zu ihrer Winterklausur im oberbayerischen Berchtesgaden getroffen. Zum Auftakt widmeten sich die Abgeordneten auf der Jenneralm in rund 1.800 Metern Höhe dem Tourismus als Wirtschaftsfaktor: Genau wie die Region Berchtesgaden setzt unsere Fraktion auf Klasse statt Masse, um durch hochwertige regionale Angebote die Wertschöpfungskette vor Ort nachhaltig zu verlängern. Auf dem Jenner konnten wir unmittelbar erleben, wie moderne Infrastruktur und sensible Natur in Symbiose einen wertschöpfenden Tourismus hervorbringen.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt in unsicheren Zeiten stand anschließend im Fokus der Tagung. Dabei bekannten wir uns klar zum bewährten Miteinander von Staat und Kirche. Diese historisch gewachsene Partnerschaft ist eine tragende Säule unseres sozialen Netzes und darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Der Staat muss verlässlicher Partner der Kirchen bleiben.

Beim Themenschwerpunkt „Direkte Demokratie – Fundament einer freien Bürgergesellschaft“ diskutierte die Fraktion darüber, wie Bayerns Bürgerinnen und Bürger bei Entscheidungen noch besser eingebunden werden können. Gerade bei großen Infrastrukturprojekten gilt: Frühzeitiges Mitreden schafft Vertrauen und beschleunigt die Umsetzung enorm. Darüber hinaus beschäftigte sich unsere Fraktion mit Lösungen für bezahlbaren Wohnraum sowie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von NEOS und FREIEN WÄHLERN.

Ein klares Bekenntnis zur historischen Verantwortung setzte unsere Fraktion abschließend mit einem Besuch der Dokumentation Obersalzberg, die jüngst für den renommierten europäischen Museumspreis nominiert wurde. Wir wollen an die Verbrechen des NS-Regimes erinnern, denn die Auseinandersetzung mit dem Holocaust hört niemals auf. Einen Schlussstrich unter dieses dunkelste Kapitel deutscher Geschichte darf es nicht geben.

Ich wünsche Ihnen wieder viel Freude beim Lesen!

Ihr Heimatabgeordneter **Dr. Martin Brunnhuber**



UNSERE HIGHLIGHTS

SEITE 2:
PARTNERSCHAFT
ZWISCHEN KIRCHE
UND STAAT STÄRKEN

SEITE 3:
DIREKTE DEMOKRATIE
STÄRKEN!

SEITE 4:
GRUNDBEDÜRFNIS
NACH WOHNEN
ERFÜLLEN!

SEITE 5:
AUSTAUSCH MIT DEN
NEOS

SEITE 6:
UNSERE
RESOLUTIONEN

SEITE 9:
UNSERE KLAUSUR
AUF SOCIAL MEDIA

RÜCKBLICK

Fraktion will Partnerschaft zwischen Staat und Kirche stärken

Staat und Kirche in Deutschland tragen auf vielfältige Weise zum Gemeinwohl und gesellschaftlichen Zusammenhalt bei. Diese historisch gewachsene Partnerschaft hat sich über Jahrzehnte bewährt und darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Unsere Fraktion hat es sich deshalb zur Aufgabe gemacht, diese Beziehung weiter zu stärken. Schließlich übernehmen kirchliche Wohlfahrtsverbände wie die Caritas und die Diakonie in Bayern und ganz Deutschland zentrale Aufgaben in Bereichen, die das Fundament unseres Zusammenlebens sichern: Familien- und Integrationsberatung, Pflege und Sozialarbeit, Kinder- und Jugendhilfe oder Unterstützung für Menschen in Not. Diese Arbeit verdient höchste Anerkennung und nachhaltige Unterstützung.

Die Finanzierung sozialer Einrichtungen der Wohlfahrtsverbände erfolgt gemeinschaftlich – durch öffentliche Mittel und kirchliche Eigenbeiträge. Die Kirchen tragen mit ihrem finanziellen Engagement wesentlich dazu bei, dass diese wichtigen sozialen Angebote bestehen und weiterentwickelt werden können. Mit Blick auf den demografischen Wandel und die wachsende Zahl der Kirchenaustritte stehen Kirchen jedoch zunehmend vor finanziellen Herausforderungen. Wenn die Kirchen ihre sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Beiträge nicht mehr in gewohntem Umfang leisten können, drohen gravierende Lücken in der Versorgung. Der Staat allein kann diese Aufgaben nicht auffangen – weder personell noch finanziell.

Mit einer verlässlichen staatlichen Unterstützung und einem klaren Bekenntnis zu den bestehenden Staatsleistungen will unsere Fraktion daher nicht nur Tradition sichern, sondern auch die Zukunft des sozialen Miteinanders aktiv gestalten. Bayern steht für Verantwortung, Verlässlichkeit und Zusammenhalt – und damit auch für ein partnerschaftliches Verhältnis von Staat und Kirche im Dienst der Menschen. Und eins ist sicher: Die Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände leisten einen wertvollen Beitrag für Gemeinwohl, soziale Stabilität und menschliche Nähe – und sind daher für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Mehr [HIER](#).



Direkte Demokratie: Fraktion will Menschen im Freistaat stärker bei der politischen Entscheidungsfindung mitnehmen

Sollte es höhere Hürden für Bürgerbegehren geben? Diese Frage stand im Zentrum eines Runden Tisches, der vergangenen Sommer in der Staatskanzlei tagte. Für uns steht fest: Die Möglichkeiten der Bürger zur Mitgestaltung dürfen keinesfalls beschnitten werden. Ziel muss vielmehr sein, die Verfahren bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden so zu vereinfachen und zu beschleunigen, dass Bürgerinnen und Bürger noch besser informiert und stärker in Entscheidungsprozesse eingebunden werden können – so sollen sie sich mit ihren Alltagsproblemen auch wieder besser gesehen und gehört fühlen.



Bürgerbegehren und Bürgerentscheide haben sich als Äußerungsmöglichkeit der Bürgerinnen und Bürger bewährt: Rund 40 Prozent der Bürgerentscheide in Deutschland finden im Freistaat statt. Wichtig ist aber, diese wichtigen Instrumente der direkten Demokratie in das 21. Jahrhundert zu führen. Wir machen uns deshalb für eine umfassende Digitalisierung der Bürgerbeteiligung stark. In diesem Zusammenhang könnten wir uns etwa eine einheitliche Bürger-ID nach estnischem Vorbild vorstellen. Diese würde eine einfache und sichere Online-Abgabe von Stimmen ermöglichen, was die Effizienz steigern und Kosten senken würde. Digitalminister Dr.

Fabian Mehring hat bereits zugesichert, die Fraktion bei diesem Vorhaben unterstützen zu wollen – die notwendigen Voraussetzungen hat das Bayerische Digitalministerium mit einem Pilotprojekt zum Online-Voting für die U18-Wahl 2026 bereits geschaffen.

Um Planungsverfahren nicht unnötig in die Länge zu ziehen, sollen Unterstützerunterschriften für Bürgerentscheide künftig mit einem Haltbarkeitsdatum versehen werden. Zudem sollen Bürgerbegehren, die sich gegen eine Stadtrats- oder Gemeinderatsentscheidung richten, nicht mehr beliebig spät initiiert werden können. Gleichzeitig ist wichtig, den frühzeitigen Dialog zwischen Bürgern und Verwaltung zu stärken. Hier ist neben den bestehenden Möglichkeiten die Einrichtung von bzw. die Kooperation mit staatlichen Beratungsstellen zu prüfen. Ziel müsse sein, dass bestehende Interessen frühzeitig in die Planung eingebunden, Konflikte reduziert und die Planungsergebnisse auf breiten Konsens gestützt werden können. Mehr [HIER](#).

Fraktion beschäftigt sich mit bezahlbarem Wohnen: Wohnungspolitik muss Grundbedürfnis nach Wohnen erfüllen

Der Mangel an verfügbarem, bezahlbarem Wohnraum zeigt sich auch in Bayern in Form sozialer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Probleme. Dies wird jedoch nicht allein in den stark nachgefragten Städten deutlich. Auch über deren Grenzen hinaus wirkt sich die Differenz zwischen Angebot und Nachfrage auf umliegende ländliche Räume aus: Als Folge steigen auch dort zunehmend die Preise und Mieten an. Für uns ist klar: Die Bereitstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum für alle gesellschaftlichen Schichten in Bayern muss Ziel einer bürgernahen Wohnungspolitik sein, um im Land das Grundbedürfnis des Wohnens erfüllen zu können.

Die große Herausforderung: Zu strenge Vorgaben und Anforderungen an Bauprojekte, die teilweise sogar über das gesetzliche Maß hinausgehen, führen zu Verzögerungen und Preissteigerungen. Insbesondere im staatlich geförderten Wohnungsbau gilt es – etwa beim Brandschutz – regulatorisch anzusetzen und gesetzliche Erleichterungen auf den Weg zu bringen, ohne ein ausreichendes Mindestmaß an Schutz zu unterschreiten. Dazu beitragen wird insbesondere die flächendeckende und rechtsverbindliche Einführung des Gebäudetyps E, für den wir uns als FREIE WÄHLER-Fraktion eingesetzt haben. Bis zu



dessen großflächiger Umsetzung gilt es, diesen Druck aufrechtzuerhalten und für Rechtssicherheit sowie die Vernetzung aller beteiligten Akteure zu sorgen.

Zudem gilt es, den Unternehmen der Branche durch den Abbau von bürokratischen Hemmnissen weniger Steine in den Weg zu legen, um Projekte verwirklichen zu können. Das sorgt dafür, dass sich die Bauunternehmen in Folge der anziehenden Nachfrage wirtschaftlich erholen können. Durch steigende Bautätigkeit wird es zudem möglich, den dringend benötigten Wohnraum zu schaffen.

Auch hier sehen wir Potenzial für Bürokratieabbau und eine Modernisierung des Freistaats: Eine effizientere, digitalere Bauverwaltung wird es in Zukunft ermöglichen, gestellte Anträge schneller zu bearbeiten und einer Genehmigung zuzuführen. Klarere Zuständigkeiten im Verlauf des Genehmigungsprozesses, schlankere Strukturen sowie Prozesse bei den beteiligten Behörden und insbesondere der Aufbau einer „Ermöglichungskultur“ sollen außerdem zu einer schnelleren Bearbeitung beitragen. Mehr [HIER](#).

ABC – Austrian Bavarian Community: Fraktion und österreichische NEOS treiben digitale Allianz voran

Die Digitalisierung der Alpenregion fest im Blick: Im Rahmen unserer Winterklausur haben wir die Partnerschaft mit den österreichischen NEOS vertieft. Unter dem Titel „ABC – Austrian Bavarian Community“ berieten wir gemeinsam mit Dominik Oberhofer, Nationalratsabgeordneter aus Tirol, unter anderem über eine engere Verzahnung in der Digitalpolitik. Ziel ist es, Bayern und Österreich als gemeinsamen Hightech-Standort im Herzen Europas zu positionieren und Synergien bei Zukunftsthemen wie Künstlicher Intelligenz und E-Government zu nutzen.

Wir sind überzeugt: Um im globalen Wettbewerb mit den USA und China bestehen zu können, müssen starke Regionen wie Bayern und Österreich ihre Kräfte bündeln. Wir wollen einen gemeinsamen Digital Hub im Alpenraum etablieren, der insbesondere mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Datenökonomie und KI-Anwendungen erleichtert.

Unser Ziel ist, insbesondere beim Ausbau der digitalen Infrastruktur im ländlichen Raum und bei grenzüberschreitenden Mobilitätskonzepten an einem Strang zu ziehen. Wir wollen die Potenziale der fortschreitenden Digitalisierung und neuer Technologien als Chance statt als Risiko begreifen – das gilt auch für den Abbau vermeidbarer Bürokratie. Das Beispiel Österreich zeigt, dass unter den gleichen rechtlichen Voraussetzungen eine fortschrittlichere und weniger restriktive Handhabung einschlägiger Regelungen möglich ist.

Denn weniger Bürokratie, mehr Transparenz und einfache digitale Verfahren sind kein Selbstzweck, sondern Voraussetzung für einen modernen Staat, der Menschen und Unternehmen stärkt. Europa hat das Potenzial, weltweit Maßstäbe zu setzen – wenn wir Strukturen vereinfachen, Innovation zulassen und den Mut haben, veraltete Systeme konsequent zu überwinden. Unsere Fraktion hat deshalb vereinbart, den Austausch im Rahmen der Austrian Bavarian Community auch künftig auf parlamentarischer Ebene fortzusetzen, um die digitale Transformation im Alpenraum gemeinsam voranzubringen.

Bei unserem Austausch demonstrierten wir auch Einigkeit im aktuellen Microsoft-Streit innerhalb der Staatsregierung und stellten unser hinter der Forderung von Digitalminister Dr. Fabian Mehring nach einer Neubewertung der Abhängigkeiten von US-Großkonzernen. Auch vonseiten der österreichischen NEOS gab es ausdrückliches Lob für Mehrings Einsatz zugunsten von mehr digitaler Souveränität. Wir lassen uns nicht beirren: Digitale Souveränität ist die Voraussetzung dafür, dass Bayern und Österreich als Hightech-Standorte weltweit wettbewerbsfähig bleiben. Mehr [HIER](#).

Diese Resolutionen haben wir verabschiedet

Resolution „Gesellschaftlichen Zusammenhalt sichern – Staat und Kirche Hand in Hand für das Gemeinwohl“

Im Rahmen unserer Klausurtagung haben wir eine Reihe wegweisender Resolutionen verabschiedet – eine mit dem Ziel, die bewährte Partnerschaft zwischen Staat und Kirche zu stärken. Denn Kirchen und ihre Wohlfahrtsverbände leisten einen wertvollen Beitrag für unsere Gesellschaft. Mit Blick auf den demografischen Wandel und die wachsende Zahl der Kirchaustritte stehen Kirchen jedoch zunehmend vor finanziellen Herausforderungen. Wenn die Kirchen ihre sozialen, kulturellen und bildungspolitischen Beiträge nicht mehr in gewohntem Umfang leisten können, drohen gravierende Lücken in der Versorgung. Daher braucht es eine verlässliche staatliche Unterstützung und ein klares Bekenntnis zu bestehenden Staatsleistungen.

Resolution „Die Bayerische Mittelschule – stark für jeden Weg“

In einer weiteren Resolution haben wir uns mit der Stärkung der Mittelschulen beschäftigt. Denn unsere Mittelschulen müssen in der öffentlichen Wahrnehmung



wieder den Stellenwert einnehmen, den sie sich durch ihre großartige Arbeit auch verdienen. Um sie gezielt zu fördern, haben wir im Rahmen unserer Herbstklausur 2024 bereits den „Zukunftspakt Macherschule Mittelschule 2.0“ auf den Weg gebracht. Diesen Weg wollen wir gemeinsam weiter verfolgen. Deshalb ist gemeinsam mit der gesamten Mittelschulfamilie und zahlreichen weiteren Expertinnen und Experten die Initiative „Mittelschule – stark für jeden Weg“ entstanden. Unser Ziel ist, die Mittelschulen mit innovativen pädagogischen Maßnahmen stark für die Zukunft aufzustellen und ihr Profil weiter schärfen.

Resolution „Regionale Wertschöpfung durch nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismus“

Ein weiteres Anliegen der Fraktion ist es, regionale Wertschöpfung durch nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Tourismus zu sichern. Als FREIE WÄHLER-Fraktion kennen

wir den kulturellen und ökonomischen Wert der Tourismusbranche. Diese konnte 2024 ein Rekordjahr verzeichnen: über 100 Millionen Übernachtungen, über 40 Millionen Gäste und über 28 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung. Damit dieser Erfolg anhält, muss die Branche aktuelle und künftige Herausforderungen wie Fachkräftebedarf, Bürokratie, Klimawandel, Massentourismus und hohe Steuerlasten kennen und strategisch berücksichtigen. Alle Akteure stehen gemeinsam in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass Tourismus in Bayern zukunftsfähig bleibt – sowohl im ländlichen als auch im urbanen Raum.

Resolution „Pflege – menschenwürdig und bezahlbar!“

Auch den Pflegebereich wollen wir zukunftsfest aufstellen. Pflege stellt ein unerlässliches Element der gesundheitlichen Versorgung und sozialen Absicherung dar. Allerdings ist dieser Bereich besonders vom demografischen Wandel betroffen: Bereits jetzt fehlen etwa 3,5 Milliarden Euro in der Pflegekasse. Dieses Finanzloch wird in den kommenden Jahren immer größer werden. Der Bundesrechnungshof geht von mehr als zwölf Milliarden Euro aus, die bis 2029 in der Pflegeversicherung fehlen. Daher fordern wir die so dringend benötigte Pflegereform und haben notwendige Maßnahmen in einer Resolution formuliert. Dazu zählen unter anderem Entbürokratisierung sowie eine Stärkung der Prävention.

Resolution „Werte unserer Gesellschaft“

In einer weiteren Resolution hat sich die Fraktion mit den Werten unserer Gesellschaft beschäftigt. Denn wir leben in einer Zeit allergrößter Umbrüche und Veränderungen. Viele Menschen sind verunsichert, weil sie nicht mehr genau wissen, wohin sich ihr Leben entwickelt. In unsicheren Zeiten sind Wertebesinnung und vor allem Wertevermittlung bedeutende Themen. Denn Werte sind für jeden von uns wichtige Stützen für die Gestaltung des eigenen Lebens. Gleichzeitig braucht jede Gesellschaft eine tragfähige Basis von gemeinsam geteilten Werten. Dieses Wertefundament verleiht dem sozialen Miteinander Orientierung und damit Halt sowie Stabilität – daher gilt es, dies zu stärken und die Werteordnung unserer Gesellschaft klar zu bestimmen und zu fördern.

Die Resolution „Für einen modernen und effizienten Rechtsstaat: Zusammenlegung der Gerichtsbarkeiten unter einem Dach“

Unterschiedliche Gerichtsbarkeiten wollen wir künftig unter dem Dach des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz zusammenlegen – das geht aus einer weiteren Resolution hervor. Aktuell sind die ordentlichen Gerichte sowie die Fachgerichtsbarkeiten im Freistaat bei verschiedenen Ministerien verankert. Dies führt zu Doppelstrukturen und Redundanzen. Für uns steht fest: Der moderne Freistaat des 21. Jahrhunderts sollte gerade im Kontext des dringend nötigen Bürokratieabbaus und der Reduzierung von Kosten Doppelstrukturen vermeiden und seine Effizienz optimieren. Andere Bundesländer seien diesen Weg bereits gegangen: Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg haben die Gerichte bereits vor mehr als zwanzig Jahren unter dem Dach eines Ministeriums zusammengelegt.

Resolution „Krisenfeste Kommunen als Schlüssel für ein resilientes Bayern: Effektiver Bevölkerungsschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten“

Auch der aktuelle geopolitische Kontext – insbesondere der russische Angriffskrieg in der Ukraine und der offen zur Schau gestellte russische Imperialismus und Revisionismus – stellen die Bundesrepublik und den Freistaat vor tiefgreifende sicherheitspolitische Herausforderungen. Krisenfeste Kommunen sind der Schlüssel für ein resilientes Bayern. Daher fordern wir in einer Resolution mehr Stellen für den Bevölkerungsschutz in den Landkreisen und kreisfreien Städten. Diese sollen dem Landesamt für Bevölkerungsschutz fachlich angegliedert werden, die betroffenen Mitarbeiter werden aber vor Ort in den Kreisverwaltungsbehörden aktiv sein. Die benötigten Stellen sollen dabei kostenneutral als umsetzende Organe Teil des bereits für das Landesamt eingeplanten Stellenbedarfs sein.

Resolution „Zukunft der Hebammen sichern – Faire Bedingungen für Beleghebammen“

Auch für Bayerns Hebammen machen wir uns mittels Resolution stark. Hebammen begleiten den Beginn des Lebens von der Familienplanung über Schwangerschaft und Geburt bis in die frühe Elternzeit. In Bayern prägt das System der freiberuflichen Beleghebammen traditionell die Geburtshilfe. Doch dieses Erfolgsmodell ist in seiner Existenz bedroht: Ein Schiedsspruch vom April 2025 bringt enorme Einkommenseinbußen mit sich und gefährdet damit die flächendeckende Versorgung im Freistaat. Um die wohnortnahe Geburtshilfe in Bayern zu sichern, fordern wir daher eine gerechte Bezahlung und faire Rahmenbedingungen für Bayerns Beleghebammen.

Mehr [HIER](#).

#BERCHTESGADEN26: UNSERE KLAUSUR AUF SOCIAL MEDIA



Servus, Oberbayern!

In dieser Woche haben sich unsere Abgeordneten im malerischen Bischofswiesen bei Berchtesgaden zu ihrer traditionellen Winterklausurtagung getroffen, um die politischen Themen für die kommenden Monate festzulegen. Fraktionschef Florian Streibl erklärt im Reel, welche Themen während der Winterklausur 2026 auf unserer Agenda standen.

Zum Reel auf Instagram geht's [HIER](#).

Tourismus für morgen: Zu Gast auf der Jenneralm

Wie wertvoll unsere Natur in Bayern auch für Besucher ist, haben wir bei unserer Winterklausur auf der Jenneralm erfahren. Hier hat unser örtlicher Abgeordneter Michael Koller der Fraktion seine Heimat gezeigt. Wir sind uns sicher: Wir müssen unsere Tourismus-Highlights besser vernetzen, etwa durch eine App, und die Infrastruktur schaffen, damit alle Menschen ungeachtet ihrer körperlichen Situation die bayerischen Natur- und Kulturräume genießen können. Dabei liegt uns ein fairer Ausgleich zwischen Fremdenverkehr und Natur- sowie Anwohnerschutz sehr am Herzen.

Zum Reel auf Instagram geht's [HIER](#).



Unser Ehrenamtsempfang

Ohne den Einsatz der vielen Ehrenamtlichen würde manches im Freistaat nicht möglich sein. Weil wir einmal mehr Danke sagen wollen, haben wir im Rahmen unserer Winterklausur in Berchtesgaden einen Ehrenamtsempfang veranstaltet. Denn die vielen ehrenamtlich Engagierten zeigen uns jeden Tag aufs Neue, wie auch in unsicheren Zeiten an Menschlichkeit und Barmherzigkeit festgehalten werden kann.

Ehrenamtliches Engagement trägt maßgeblich zum sozialen Zusammenhalt bei und fördert gesellschaftliche Teilhabe.

Es wirkt in zahlreiche gesellschaftliche Bereiche hinein, die aktuell von großer Bedeutung sind – etwa in die Gesundheits-, Bildungs-, Familien-, Pflege- und Seniorenpolitik. Das ist Ausdruck von Zusammenhalt und Solidarität, die wir in Krisenzeiten nötiger denn je brauchen. Die schönsten Bilder gibt's [HIER](#).



Der Tagesrückblick in Bildern

Zwei Tage lang haben wir uns bei unserer Winterklausurtagung inmitten der wunderschönen Berchtesgadener Berglandschaft intensiv über aktuelle Themen und anstehende Herausforderungen beraten.

Die schönsten Bilder gibt es auf unseren Social Media-Kanälen.

Alle Fotos: Florian Ziegler / Media Alm

Highlight Winterklausur: Unsere Tagung im Schnelldurchlauf

Zwei intensive Klausurtagungen liegen hinter uns. Wie unsere Fachsprecher auf unsere Tagung blicken, erklären sie in unseren Stories auf Instagram – und zwar unter dem Highlight-Button #Berchtesgaden26. [HIER](#) geht's zum Instagram-Kanal unserer Fraktion.

Lust auf Mehr? Folgen Sie uns:

 <https://www.facebook.com/fwlandtag>

 <https://www.instagram.com/fwlandtag/>

 <https://www.youtube.com/@fwlandtag>

 <https://www.threads.net/fwlandtag>

 <https://bsky.app/profile/fwlandtag.bsky.social>

"Alle in diesem Newsletter verwendeten Bilder und Social Media-Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. © 2026 [FREIE WÄHLER Landtagsfraktion].

Die Nutzung oder Weiterverbreitung ist ohne ausdrückliche Genehmigung nicht gestattet."

Wir wünschen Ihnen ein schönes Wochenende!

Impressum

Landtagsabgeordneter
Dr. Martin Brunnhuber
Hofgasse 2 | 83278 Traunstein
Telefon +49 861 21164123
kontakt@mdl-brunnhuber.de